



Rathaus, Marktplatz 1
70173 Stuttgart
Telefon 0711 216 - 25 994
eFax 0711 216 - 95 25 994
Mail: puls@stuttgart.de

05.03.2024

Pressemitteilung: Mehrheit im Gemeinderat unterstützt PULS-Antrag zur Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete

Liebe Medienschaffenden,

während andere über eine Bezahlkarte für Geflüchtete reden und damit vor allem Vorurteile schüren, machen wir lieber den Vorstoß zu einer Karte, die wirklich etwas bringt – und zwar nicht nur für Menschen, die bei uns in Stuttgart Asyl suchen, sondern auch für diejenigen, die ihnen helfen wollen. Deshalb wollen wir Stuttgart in Baden-Württemberg zur Modellkommune machen, um eine elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete einzuführen. Dank der Mitzeichnung der Grünen, der SPD, der FrAKTION sowie Einzelstadträtin Sibel Yüksel wird der PULS-Antrag von einer Mehrheit des Gemeinderats unterstützt – und zwar aus guten Gründen.

Die Hürden für asylsuchende Menschen, sich medizinische Hilfe zu suchen, sind in Baden-Württemberg groß. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen ist stets mit einem Gang zum Sozialamt verbunden. Das ist im Krankheitsfall nicht nur mühsam, sondern auch diskriminierend und unnötig kompliziert. Groß ist ebenso der damit verbundene Verwaltungsaufwand, der – gerade angesichts des eklatanten Fachkräftemangels – deutlich mehr Personal und Arbeitszeit bindet als nötig. Sechs andere Bundesländer machen längst vor, wie es effektiver geht: mit einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber*innen, die den bürokratischen Aufwand für alle Seiten minimiert. Asylsuchende Menschen bekommen mit der eGK ein verständliches Instrument an die Hand und können so schneller ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Stuttgarter Verwaltung befürwortet die Einführung

Auf einen vorangegangenen Frageantrag von PULS hat die Stuttgarter Verwaltung die Einführung einer eGK klar befürwortet. Die Gründe liegen auf der Hand: Zusätzlich zu einer hohen Überstundenanzahl liegt in diesem Bereich bereits ein Fachkräftemangel von mehr als neun Stellen vor. Analoge Behandlungsscheine binden nicht nur zwei Mitarbeiter*innen in der Abrechnung, sondern auch zusätzliches Fachpersonal in der Verwaltung, im Bürgerservice sowie bei den Betreuer*innen in Geflüchtetenunterkünften. Kein Wunder also, dass in der Hamburger Sozialbehörde beispielsweise Kosten von rund 1,6 Millionen Euro pro Jahr durch die Einführung der eGK eingespart werden.

Ein weiterer Vorteil: Das freiwerdende qualifizierte Verwaltungspersonal kann so in anderen, unterbesetzten Ämtern der Stadtverwaltung eingesetzt werden. Eine Entlastung bedeutet die eGK überdies auch für Arztpraxen und Kliniken sowie Sozialarbeiter*innen.

Trotz aller guten Argumente zeigt das Land Baden-Württemberg aber weiterhin kein Interesse an der Einführung einer eGK – und lässt die Kommunen im Stich. Als Fraktionsgemeinschaft PULS haben wir deshalb nun gemeinsam mit den Grünen, der SPD, der FrAKTION sowie Einzelstadträtin Sibel Yüksel mehrheitsfähig beantragt, dass die Stadt Stuttgart selbst aktiv wird, indem sie das Land zu deren Einführung auffordert und sich hierfür als Modellkommune bewirbt. Weniger Bürokratie, dafür mehr Stuttgarter Willkommenskultur – lasst uns gemeinsam dieses Zeichen setzen!

Endlich einen Missstand beseitigen

„Die grün-schwarze Landesregierung überfrachtet die Kommunen bei der Gesundheitsversorgung Geflüchteter mit Bürokratie, anstatt endlich das Erfolgsmodell der elektronischen Gesundheitskarte zuzulassen“, sagt PULS-Stadtrat Christoph Ozasek, der sich bereits seit 2015 mit Anträgen für die eGK starkmacht. „Wer krank ist, geht zum Arzt. Diese Selbstverständlichkeit gilt nicht für geflüchtete Menschen. Wir wollen diesen Missstand in Stuttgart beseitigen, damit Hilfen tatsächlich bei den Menschen ankommen.“

Dieser Meinung schließt sich auch PULS-Stadträtin Ina Schumann (Die PARTEI) an: „Weil es unmenschlich ist, den Zugang zu medizinischer Versorgung zu erschweren, ist die Einführung einer eGK für Asylsuchende an sich schon notwendig. Dass dabei Kosten gespart werden und Personal frei wird, sind schöne Nebeneffekte.“

Den interfraktionellen Antrag mit weiterführenden Informationen haben wir dieser Mail als Anhang beigefügt. Über eine Berichterstattung zu unserem Antrag würden wir uns sehr freuen und stehen für Rückfragen selbstverständlich gerne zur Verfügung!

Herzlich
Frank Rudkoffsky

Kontakt:

Christoph Ozasek christoph.ozasek@stuttgart.de 0151 167 438 39

Oder natürlich gerne in unserer Geschäftsstelle – wir freuen uns.